



Spielberger Nachrichten

Nummer 23, März 2015 Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Die KPÖ ist bei den vergangenen Gemeinderatswahlen zum ersten Mal in Spielberg angetreten. Wir konnten ein Mandat erreichen. Für mich als „Neuling“ war diese Aufgabe sehr herausfordernd, zumal uns als stimmenschwächster Partei auch der Vorsitz im Prüfungsausschuss zufiel.



Ing. Erich Wilding

Die Arbeit im Gemeinderat und im Prüfungsausschuss lief ohne persönliche Diffamierungen oder Untergriffe ab. In anderen politischen Funktionen habe ich das schon anders erlebt, und deshalb möchte ich das hervorheben.

Das oben gesagte betrifft die Umgangsformen, in der Sache selbst habe ich aber kompromisslos und konsequent das vertreten, was wir unter einer fortschrittlichen Gemeindepolitik verstehen.

Wir sind eine kritische Opposition und eine Partei mit Grundsätzen und Standpunkten. Wir stehen auf der Seite der arbeitenden Menschen und sind für soziale Gerechtigkeit. Wir sind gegen Sozialabbau und hohe Gebühren, gegen Privilegien, hohe PolitikerInnenbezüge und für eine Umverteilung des Reichtums und für eine solidarische Gesellschaft.

In den öffentlichen Haushalten fehlt das Geld. Auch die Gemeinden kommen immer mehr unter Druck. SPÖ und ÖVP reagieren in Bund, Land und in den Gemeinden mit Belastungen, Kürzungen und Personalabbau.

Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher und Banken und Spekulanten mit Milliarden gestützt. Die Hypo Alpe Adria ist ein von FPÖ, SPÖ und ÖVP verschuldetes Milliardengrab für unser Steuergeld, das uns noch auf Jahre hinaus belasten wird. Dieses Geld wird uns in anderen Bereichen fehlen. Das werden natürlich auch die Gemeinden zu spüren bekommen.

Auf die Nöte und Sorgen der Menschen wird völlig vergessen. Wir stehen für einen anderen Weg. Sozialabbau, Kürzungen und Verschlechterungen sind mit den Stimmen der KPÖ nicht zu machen. Denn es gibt genügend Geld - es ist nur in den falschen Händen.

Die SPÖ hat im Gemeinderat nach wie vor die absolute Mehrheit. Mit einem von 25 Mandaten konnte ich keine Wunder bewirken. Aber ich habe versucht in vielen Bereichen aktiv zu sein. Mit unserer Gemeindezeitung „Spielberger Nachrichten“

haben wir Sie regelmäßig über das Gemeindegesehehen informiert. Dabei haben wir vieles aufgezeigt, was sonst unter den Teppich gekehrt worden wäre.

Ich glaube den Auftrag als kritische Opposition erfüllt zu haben. Bei einer kleinen Partei zählt jede Stimme. Jede einzelne Stimme kann darüber entscheiden, ob wir weiterhin im Gemeinderat vertreten sind oder nicht. Eine Stimme für die KPÖ ist eine Stimme des Protestes, eine Stimme für Gerechtigkeit und eine andere Politik.

Um meinen Weg und meine Arbeit fortsetzen zu können, brauche ich Ihre Unterstützung. Ich ersuche Sie deshalb um Ihr Vertrauen.

Erich Wilding, Spitzenkandidat der KPÖ



Liste 5

**Sabine Bauer****Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!**

Ich habe mich angesichts dessen, was in der Politik geschieht und angesichts der vielen Skandale gefragt, welche Partei man überhaupt noch wählen kann. Deshalb habe ich begonnen mich genauer zu informieren und bin auf die KPÖ gestoßen. Was ich in den Zeitungen der KPÖ gelesen habe, hat mir gefallen. Besonders wichtig ist mir, dass die KPÖ eine Partei für die arbeitenden Menschen ist.

Beeindruckt hat mich auch der KPÖ-Sozialfonds. Die KPÖ-PolitikerInnen verzichten auf einen Teil ihres Einkommens und helfen damit bedürftigen Menschen. Welche andere Partei tut das? Außerdem habe ich den Eindruck, dass die KPÖ eine Partei ist, die hält was sie verspricht. Für gut und wichtig halte ich, dass die KPÖ die Sache mit der Lustbarkeitsabgabe für die Veranstaltungen am Red Bull Ring aufgezeigt hat. Denn das ist eine Frage der Gleichheit und Gerechtigkeit.

Ich habe einige Mitglieder der KPÖ kennengelernt und die waren auch menschlich für mich schwer in Ordnung. Ich habe in der Kinderland-Ferienaktion am Turnersee mitgeholfen. Hier wird viel für die Kinder getan, das ist mir wichtig. Deshalb habe ich gerne ja gesagt, als ich gefragt wurde, ob ich auf die Liste der KPÖ gehen will. Ich hoffe mit meiner Kandidatur einen Beitrag zur Unterstützung der Arbeit der KPÖ leisten zu können und ersuche um Ihr Vertrauen.

Sabine Bauer**Petra Lorberau****Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!**

Ich bin der Meinung, dass alle Menschen gleich sind, egal wo auch immer sie geboren wurden. Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Unsere Erde und unsere Gesellschaft wären reich genug um das zu ermöglichen. Ich bin für die Gleichberechtigung aller Menschen in allen Bereichen, sei es in sozialen Fragen oder am Arbeitsplatz. Uns wird immer eingeredet, dass alles so gut und fortschrittlich sei. Angesichts dessen verwundert es mich, das im Jahr 2015 Frauen immer noch deutlich weniger verdienen als Männer. Laut den letzten veröffentlichten Zahlen beträgt der Einkommensunterschied 23 (!) Prozent.

Der Wunsch, Geld und Glück am Spielautomaten zu finden, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Glücksspiel löst keine Probleme, sondern schafft nur neue und größere. Daher bin ich gegen diese Glücksspiele. Es ist eine Schande, dass sich SPÖ, ÖVP und FPÖ weigern das Automatenglücksspiel zu verbieten, obwohl das möglich wäre.

Weiters macht mich die Aufrüstung betroffen. Waffen bringen nur Unheil über die Menschen. Wie kann man da nur zuschauen oder besser gesagt wegschauen? Ich möchte weiter hin mit meiner Familie in Frieden leben und bin daher für Abrüstung!

Wir alle müssen Steuern zahlen. Dass der Konzern Red Bull eine Sonderbehandlung bekommt und seine Steuern nicht in der vollen Höhe bezahlen muss, finde ich völlig unakzeptabel. Diese, und noch viele weitere Dinge, die die KPÖ vertritt, sind auch meine Anliegen. Die KPÖ ist eine Partei, die die Ungleichheit beim Namen nennt und versucht dagegen aufzutreten, das gefällt mir. Deshalb kandidiere ich für die KPÖ und ersuche um Ihr Vertrauen.

Petra Lorberau**Die oben richten sich`s -
Wir zahlen die Zeche****Wir brauchen
Gerechtigkeit!****KPÖ wirkt!**

Dafür stehen wir:

Mehr Geld für die Gemeinden

Die Gemeinden brauchen die nötigen Mittel um ihren BürgerInnen ein lebenswertes Umfeld bieten zu können. Anstatt über die leeren Kassen zu jammern, sollte das Geld dort geholt werden, wo es reichlich vorhanden ist. Bei den Konzernen und Superreichen. Deshalb ist die KPÖ für eine Besteuerung von Gewinnen und großen Vermögen. Ein Teil dieser neuen Einnahmen soll den Gemeinden zugute kommen.

Für leistbare Wohnungen

Wohnen ist zu teuer. Viele Menschen müssen einen großen Teil ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Eine leistbare Wohnung ist eine wesentliche Bedingung für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde. Wir haben eine Kampagne für billigeres Wohnen gestartet. Eine deutliche Anhebung der Wohnbeihilfe und der Bau von leistbaren Wohnungen sind dringend nötig.

Für Steuergerechtigkeit

Den arbeitenden Menschen wird die Lohnsteuer sofort vom Einkommen abgezogen. Mehrwertsteuer oder Mineralölsteuer sind im Preis inbegriffen und daher sofort zu bezahlen. Nur für Konzerne und Superreiche werden Extrawürste gebraten. Wir sind gegen Steuerprivilegien.



Für die Einhaltung von Gesetzen

Wir haben aufgezeigt, dass die Pauschalierungsvereinbarung betreffend der Lustbarkeitsabgabe für Veranstaltungen am Red Bull Ring ungesetzlich ist. Wir sind für die Herstellung eines gesetzeskonformen Zustandes. Alle müssen vor dem Gesetz gleich sein, auch Großkonzerne.

Gegen den Privatisierungswahn

Privatisierung und Ausgliederung haben sich als Nachteil für Beschäftigte und KundInnen erwiesen. Werden Gewinne gemacht, fließt das Geld in private Taschen. Kommt es zu einer Krise, darf der zuvor so geschmähte Staat (und damit die SteuerzahlerInnen) bezahlen.

Auf Grund der Finanznöte der Gemeinden wird der Druck steigen, das „Familiensilber“ zu verkaufen. Die KPÖ ist der Meinung, dass vor allem die Bereiche der Daseinsvorsorge, wie z.B. Wasser, Kanal, Müllentsorgung, Wohnungen, Energie, Gesundheitswesen oder Verkehr in öffentlicher Hand sein müssen.

Gegen PolitikerInnenprivilegien

Die PolitikerInnenbezüge sind zu hoch. Wie sollen PolitikerInnen die Probleme der Menschen nachvollziehen können, wenn sie sich mit ihren Einkommen von ihren WählerInnen abheben?

Aber wir kritisieren nicht nur, wir geben auch das persönliche Beispiel. Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.200 Euro pro Monat. Der Betrag, der über dieser Einkommensgrenze liegt, kommt in den KPÖ-Sozialfonds.

Soziales darf nicht untergehen!

Es darf nicht sein, dass in unserem Land immer mehr Menschen an den Rand gedrängt werden, während eine kleine Elite immer reicher wird.

Helfen statt reden

Viele Menschen brauchen Rat und Unterstützung. Viele wissen über Zuschüsse und Förderungen gar nicht Bescheid. Wir führen zusammen mit unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber in unserem Büro in Knittelfeld regelmäßig Sozialberatungen durch. Ebenso bieten wir eine kostenlose Mietrechtsberatung an.

Für Arbeitsplätze mit fairer Bezahlung

Die Menschen brauchen Arbeitsplätze mit einer Bezahlung, von der man gut leben kann. Das ist wichtig für die Entwicklung unserer Stadt, unserer Region und unserer Gesellschaft. Nur so kann die Abwanderung aus unserer Region gestoppt werden. Gerade jetzt müsste die öffentliche Hand investieren und Arbeitsplätze schaffen, anstatt die Ausgaben zurückzufahren. Die KPÖ ist für ein Beschäftigungsprogramm der öffentlichen Hand.

Für Lärm- und Umweltschutz

Lärm wird in unserer Region immer mehr zum Problem. Eurofighter, ÖBB, Autobahn und neu, der Red-Bull-Ring, sind eine starke Belastung. Wir haben das Thema Lärm ständig in den Gemeinderat eingebracht und Verbesserungen gefordert. Um die Belastungen durch die Eurofighter zu vermindern waren wir seit Jahren für einen Flugeinsatzplan aktiv. Der wurde nun zugesagt.



Ruhe und Erholung sind in unserer hektischen Zeit immer wichtiger. Unsere Umwelt und das Klima sind durch Profitinteressen immer stärker gefährdet. Die Bedürfnisse von Menschen und Natur müssen an erster Stelle stehen. Wir sind klar gegen die klimaschädigende Rüstungsshow Airpower.

Für die Rechte der Frauen

Frauen sind immer noch nicht gleichberechtigt. Frauen erledigen den Hauptanteil an Kindererziehung und Hausarbeit, werden schlechter bezahlt und haben die schlechteren Aufstiegschancen. Dieses Unrecht muss beseitigt werden.

